

Inhalt

Dank	9
1. „Betrifft: Wiedergutmachung“ – Entschädigung und Entschädigungsverwaltung im geschichtswissenschaftlichen Fokus	11
2. Nach der Verfolgung – Erstversorgung und Wiedergutmachung für nationalsozialistisch Verfolgte im Regierungsbezirk Münster 1945–1953	17
2.1 Die Situation der Verfolgten in der direkten Nachkriegszeit	17
2.2 Zwischen Eigeninitiative und behördlicher Hilfe – Erstversorgung der Verfolgten 1945	27
2.2.1 Verfolgte, Briten, deutsche Stellen und das Anlaufen von Hilfsmaßnahmen	27
2.2.2 ‚Antifaschismus‘ im Namen – Hilfe im Konzept: Eigeninitiativen ehemals Verfolgter	30
2.2.3 Im Gefüge von Verantwortlichkeiten, Positionsbestimmungen und Vorurteilen: Verfolgtenkomitees und Verwaltung	37
2.2.4 Britische Haltungen und Initiativen	47
2.2.5 Städtische Betreuungsmaßnahmen für NS-Verfolgte	50
2.2.6 Appelle seitens der Regierung: Die Rolle der Regional- und Provinzialbehörden	54
2.2.7 Geteilte Verantwortlichkeiten: Verfolgtenbetreuung 1945	59
2.3 Nachkriegsjahre 1946 ff.: Britische Regelung von Hilfeleistungen, deutsche Wiedergutmachungsmaßnahmen und der Aufbau einer Entschädigungsverwaltung	61
2.3.1 Erlass und Zuständigkeiten der britischen Zonenpolitischen Anweisung Nr. 20	61
2.3.2 Unklarheiten zu Beginn: Die Umsetzung der ZPA Nr. 20 durch deutsche Stellen	64
2.3.3 Die münsterländischen Kreis-Sonderhilfsausschüsse – Personal, Struktur, Bewertung	68
2.3.4 Sonderdezernat und Sonderabteilung: Verfolgtenbetreuung bei den staatlichen Mittel- und Oberbehörden	73
2.3.5 Die konkrete Umsetzung der ZPA Nr. 20 im Regierungsbezirk	75
2.3.5.1 Lebensmittel	78
2.3.5.2 Wohnung und Beihilfen	82
2.3.5.3 Möbel	86
2.3.5.4 Arbeit und Existenzgründung	87

2.3.6	Fürsorge und Blockade: Bürokratische Verfolgtenbetreuung im gesellschaftlichen Umfeld der frühen Nachkriegszeit	94
<i>Exkurs:</i>	Verfolgtenvereinigungen und Interessenvertretung für Verfolgte im Regierungsbezirk Münster nach 1946	101
2.4	Fortschreitende Verrechtlichung und Verwaltung: Nordrhein-westfälische Entschädigungsgesetze und ihre Umsetzung bis 1953	124
2.4.1	Gesetzliche Grundlagen	124
2.4.2	Schadensregulierung, medizinische Betreuung und Fürsorge für Witwen und Waisen: Die Durchführung des Unfall- und Hinterbliebenenrentengesetzes	127
2.4.3	Nordrhein-westfälische Entschädigung für Freiheitsentziehung in Konzentrationslagern, Gefängnissen, Ghettos, Strafbataillonen und durch illegales Leben	130
2.4.4	Behördliche Strukturen, Kompetenzen und Möglichkeiten zum Ende der 1940er Jahre	134
2.4.5	Alte Inhalte in neuer Verpackung: Die gesetzlichen Anerkennungs- und Betreuungsregelungen	139
2.4.6	Maßnahmen für Verfolgte und Personalpolitik – Ämter und Sonderdezernat für Wiedergutmachung zu Beginn der 1950er Jahre	145
2.4.7	Sonderdezernat und Sonderdezernent im bürokratischen Spannungsfeld	151
2.4.8	Eine Zwischenbilanz: Nachwirkungen der Verfolgung – Rechtsansprüche – Bürokratisierung	155
3.	Der Wandel und die Grundlagen des Entschädigungsprozesses durch die Bundesgesetzgebung	161
3.1	„Entschädigung Erster Klasse“ – Das Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) .	161
3.1.1	Gesetzliche Grundlagen, politische Vorbedingungen und Umsetzung des BWGöD	161
3.1.2	Ergebnisse für den Regierungsbezirk Münster	166
3.2	Allgemeine Entschädigungsregelungen durch den Bund: Das BEG und seine Weiterungen	171
3.2.1	Vorgeschichte	171
3.2.2	Eine „Frühgeburt“ – Das Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BErgG)	175
3.2.3	Die Grundlage – Das Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)	177
3.2.4	Ein „Schlußpunkt“? Das BEG-Schlussgesetz (BEG-SG), Härte- und Sonderregelungen der Bundes- und Landesregierung	188
3.2.5	Zuständigkeiten, Verfahren, Ergebnisse	195
3.2.5.1	Zuständige Behörden und Entschädigungsverfahren gemäß BEG in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen	195

3.2.5.2	BEG-Entschädigungsverfahren vor Gericht	199
3.2.5.3	Ergebnisse der Entschädigung nach dem BEG auf Bundes- und Landesebene	201
4.	„Hinter dem Schreibtisch“: Entschädigung im Regierungsbezirk Münster 1953–1968 – Behörden, Personal und Verfahren	205
4.1	BEG-Zuständigkeiten: Vom Amt für Wiedergutmachung bis zur Landesbehörde	206
4.1.1	„Türöffner“ – „Türschließer“: Die Ämter für Wiedergutmachung auf Stadt- und Landkreisebene	206
4.1.1.1	Zuständigkeiten und Zuschnitt der Ämter	206
4.1.1.2	Tätigkeit der Ämter	213
4.1.1.3	Personalpolitik und Personal	222
4.1.1.4	Die Arbeit der Ämter für Wiedergutmachung – eine Aus- und Bewertung	234
4.1.2	Innenministerium, Abteilung V – die Aufsichtsbehörde	249
4.1.2.1	Zuständigkeiten und Zuschnitt	249
4.1.2.2	Leiter und Personal der Abteilung	256
4.1.3	Die Landesrentenbehörde	264
4.1.4	Landgericht Münster und Oberlandesgericht Hamm	275
4.2	Die Entschädigungsbehörde: Das Dezernat für Wiedergutmachung beim Regierungspräsidenten Münster – Praxis und Personal	286
4.2.1	Organisation, Zuständigkeiten und Tätigkeitsfelder	287
4.2.2	Die Resultate der Entschädigungsarbeit in Münster	314
4.2.2.1	Ergebnisse der Untersuchung des münsterischen BEG-Aktensamples ...	314
4.2.2.2	Ergebnisse aus Statistiken	338
4.2.3	Das Personal	349
4.2.3.1	Aushängeschild, Ansprechpartner, Chef – der Leiter des Dezernats	350
4.2.3.2	Sachbearbeiter, Juristen, Kanzleikräfte – Personal und Personalpolitik im chronologischen Abriss	369
4.2.3.3	Personal und Personalpolitik – Zusammenfassung, Zahlen und Fakten	402
4.2.4	Die Verwaltungstätigkeit des Dezernats – eine Aus- und Bewertung	420
4.2.4.1	Zwischen Kümmern und Konflikt: „Alltag“ im Dezernat	420
<i>Exkurs:</i>	Nicht-Alltägliches – ein Skandal im Dezernat	439
4.2.4.2	„Stiefkind“ oder Vorzeigedezernat? – Einschätzungen von behördlicher und persönlicher Seite	440
5.	Verwaltete Entschädigung und Wiedergutmachungsbürokratie	460

6.	Anhang	479
6.1	Abkürzungen	479
6.2	Quellen und Literatur	482
6.2.1	Ungedruckte Quellen	482
6.2.2	Zeitungen und Zeitschriften	485
6.2.3	Auskünfte und Interviews	485
6.2.4	Gedruckte Quellen und Literatur	486
6.2.5	Websites	504
6.3	Abbildungen	506
6.4	Diagramme	507